



uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSSTELLE DER UNIVERSITÄT OLDENBURG · 29 OLDENBURG · POSTFACH 943 · TEL.: 510 64 · REDAKTION: GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH), KARIN WOLF, JAN KOCHANOWSKI · MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSÖNLICHE MEINUNG DES VERFASSERS WIEDER · NACHDRUCK – AUCH NUR AUSZUGSWEISE – NUR BEI QUELLENANGABE UND NACH RÜCKSPRACHE MIT DER REDAKTION · (DER GRÜNDUNGS-AUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT).

29. Januar
4/76

Grolle: Ab August 185 Kontaktlehrer

Am 1. August werden, wie von den 69 Kontaktlehrern und der Universität gefordert, insgesamt 116 neue Kontaktlehrerstellen im Rahmen der ELAB zur Verfügung stehen. Eine entsprechende Zusage, die in dieser Woche noch der Universität per Erlaß schriftlich zugehen soll, machte am vergangenen Freitag der noch amtierende Wissenschaftsminister Professor Dr. Joist Grolle vor den Kontaktlehrern, die voraussichtlich jetzt die angedrohte Einstellung ihrer Tätigkeit im Rahmen der ELAB nicht wahrnehmen werden, da auch die in Erwägung gezogene Reduzierung der Unterrichtsverlagerung von 10 auf 7 bis 9 Stunden offiziell zurückgenommen wurde.

Wie Grolle weiter bekanntgab, habe sich sein Ministerium mit dem Kultusminister darüber geeinigt, daß im nächsten Jahr 50 weitere Stellen zur Verfügung gestellt werden sollten. Der dadurch entstehende Unterrichtsausfall an den Schulen in den Regierungsbezirken Oldenburg und Aurich würde durch Sonderzuweisungen von Planstellen ausgeglichen.

Für die 116 neu geschaffenen Kontaktlehrerstellen benötigten die betroffenen Schulen 45 zusätzliche Stellen. In diesem Zusammenhang kündigte Grolle an, sein Ministerium werde demnächst eine Untersuchung vorlegen, in der nachgewiesen würde, daß der praktische Teil der Ausbildung im Rahmen der Einphasigen Lehrerausbildung keineswegs kost-

spieliger als in der traditionellen Ausbildung sei. Dennoch ist nicht klar, ob die vom Ministerium angekündigten neuen Stellen tatsächlich am 1. August zur Verfügung stehen werden, obwohl sie Voraussetzung sind, um eine zumindest gleichrangige Ausbildung der Oldenburger Studenten zu gewährleisten. Denn die Schulbehörde hat bereits erhebliche Bedenken gegen die nach ihrer Ansicht viel zu große Zahl an Kontaktlehrern geäußert. Regierungsdirektor Ewert von der Schulverwaltung sieht kaum eine Chance, so viele qualifizierte Lehrer auch unter organisatorischen Gesichtspunkten zu rekrutieren. Die Schulbehörde habe schon im Sommer vergangenen Jahres eine entsprechende Mitteilung an das Ministerium gegeben. Danach sollten, so Ewert,

zum 1. Februar dieses Jahres 100 Stellen und zum 1. August 120 Stellen geschaffen werden.

Dagegen äußert der Leiter des ZpB, Detlef Spindler, es sei keine Frage, daß genügend qualifizierte Lehrer für die Ausbildung bereitstünden. Schließlich sei nicht einmal ein Prozent betroffen. Und so schlecht könne die Qualität der Lehrer wohl nicht sein, als daß sich unter 100 nicht ein geeigneter Lehrer finden ließe. Die Rekrutierung sei zwar organisatorisch nicht einfach, könne aber geleistet werden.

Bevor es dazu kommt, wird allerdings noch einige Zeit vergehen, da die Vereinbarungen vom Wissenschafts- und Kultusministerium erst den Kultusausschuß des Niedersächsischen Landtages passieren muß – eine Formsache in der Regel, jedoch in der jetzigen Schulkrise ein Hindernis, das überwunden werden muß, was wohl auch Minister Grolle so sah, als er sagte: "Die Zusage der Regierung ist für die Universität kein einklagbarer, aber ein politisch materieller Anspruch." gh

Rückmeldung noch in diesem Semester

Anders als in den Vorjahren werden die Rückmeldungen für das Sommersemester 1976 schon im laufenden Wintersemester 1975/76 vorgenommen. Die Ausgabe der Rückmeldeunterlagen erfolgt in der Zeit vom Montag, den 2. Februar bis einschließlich Freitag, den 6. Februar 1976 im Immatrikulationsamt, Raum A 112.

Die Rückgabe der Unterlagen erfolgt dann vom Montag, den 9. Februar bis einschließlich Freitag, den 27. Februar 1976, täglich in der Zeit von 9.00 – 12.00 Uhr im Immatrikulationsamt, Raum A 112.

Bei der Rückmeldung sind folgende

Unterlagen einzureichen: Rückmeldebogen bzw. Erhebungsbogen, Quittung über bezahlte ASTA- und Studentenwerksbeiträge, Nachweis über Krankenversicherung.

Im Zusammenhang mit der Krankenversicherung der Studenten weist das Immatrikulationsamt darauf hin, daß Studenten, die die studentische Krankenversicherung in Anspruch nehmen, eine Krankenversicherungsdoppelkarte einreichen müssen und Studenten, die nicht krankenversicherungspflichtig sind, eine Bescheinigung ihrer Krankenkasse beibringen müssen.

Wie das Immatrikulationsamt weiter

mitteilt, sollten alle Studenten die angegebenen Rückmeldetermine unbedingt einhalten, da sie andernfalls aus der Liste der Studierenden gestrichen werden.

Darüber hinaus stellt das Rückmeldeverfahren zum SS 76 durch die Einführung eines Datenverarbeitungssystems (vgl. uni-info 1/76) zusätzliche Anforderungen.

Die Individualdaten der Studenten müssen in datenverarbeitungsgerechter Form erfaßt werden. Dies ist ein einmaliger Vorgang, mit dem in Zukunft Studenten nur noch bei ihrer Erstein-schreibung zu tun haben werden. jk

Ausschreibung der neuen Tutorenstellen

Auf seiner nächsten Sitzung wird der Senat endgültig darüber entscheiden, wie viel von den insgesamt 160 wissenschaftlichen Hilfskraftstellen als Tutorenstellen zur Verfügung stehen werden. Vorbehaltlich dieser Zustimmung sind die Tutorenstellen für die Fachbereiche ausgeschrieben worden.

Danach werden zum 1. April Tutorenstellen für alle vier Fachbereiche zu besetzen sein. Die Stellen sind in den Fachbereichen bestimmten Veranstaltungen zugeordnet, deren Veranstalter und deren Themen den Ausschreibungstexten, die an den Fachbereichsbrettern aushängen, zu entnehmen sind. Neben den inhaltlichen wird als formale Einstellungs Voraussetzung ein Studium an einer wissenschaftlichen oder künstlerischen Hochschule von mindestens drei Semestern oder ein abgeschlossenes Studium an einer Fachhochschule verlangt.

Als gleichwertige Voraussetzung gilt eine Vor- bzw. Zwischenprüfung an einer Fachhochschule zusammen mit einem zweisemestrigen Studium an einer wissenschaftlichen oder künstlerischen Hochschule. Es reicht aber auch der Nachweis einer vergleichbaren Tätigkeit durch einschlägige Berufserfahrung im erziehungs- bzw. gesellschaftswissenschaftlichen Bereich aus.

Erwünscht werden Erfahrungen in der Arbeit mit Kleingruppen sowie hochschulpolitisches Engagement.

Eine Studienbescheinigung muß eingereicht werden.

Bei der Auswahl der Tutoren für eine Veranstaltung werden die bestehenden Arbeitszusammenhänge der Bewerber be-

rücksichtigt werden. Es ist aber empfehlenswert, sich im Bewerbungsbogen bereits für eine oder zwei Veranstaltungen zu entscheiden. Die Verträge für die ausgeschriebenen Stellen werden zunächst bis zum 30. September 1976 abgeschlossen. Eine Verlängerung bis zur Beendigung der jeweiligen Veranstaltung wird angestrebt, ist aber nicht gesichert. Maximal ist eine Verlängerung bis zu zwei Jahren möglich.

Die Arbeitszeit beträgt 20 Stunden pro Woche, von denen vier Stunden auf die Arbeit mit studentischen Kleingruppen entfallen. Die übrige Zeit dient der Teilnahme an Planungs- und Koordinationssitzungen, begleitenden Lehrveranstaltungen, der Vor- und Nachbereitung der Kleingruppenarbeit.

Es besteht darüber hinaus die Möglichkeit, die Probleme der Tutorenarbeit in einer Veranstaltung mit dem Titel: "Lehren und Lernen an der Hochschule" aufzuarbeiten.

Die Vergütung bewegt sich je nach der Ausbildung der Bewerber zwischen 40% von A13 und 50% von A13.

Bewerbungen sind mit den entsprechenden Unterlagen bis zum 6. Februar 1976 an die Koordination der Tutorenarbeit der Universität Oldenburg, z.Hd. Birgitt Scheller-Warns zu richten. jk

Integrationsausschuß

Planung noch sinnvoll?

Scharfe Kritik hat der Integrationsausschuß an der Haltung des Wissenschaftsministeriums in der Frage der Diplomprüfungsordnung für den Studiengang Raumplanung geübt. In einem Brief forderte der Vorsitzende des Ausschusses Professor Dr. Janssen, das Ministerium auf, die erlassene vorläufige Prüfungsordnung zu revidieren, da sie den Übergang von Fachhochschulabsolventen in den Diplomstudiengang gegenüber der bisherigen Regelung erschwere, einen konkreten Ansatz zur Integration von Studiengängen der Fachhochschule und der Universität beschneide sowie die Trennung in Kurz- und Langzeitstudiengänge weiter verfestige.

Der Integrationsausschuß sieht in dem Erlaß, so Janssen, eine weitere Maßnahme des Ministeriums, die ingenieurwissenschaftlichen Ausbildungsmöglichkeiten im Hochschulbereich nicht weiter zu entwickeln und fast ausschließlich auf

Kurzzeitstudiengänge zu beschränken. Die sich daraus ergebende Entwicklung sei hochschulpolitisch rückschrittlich, bildungspolitisch falsch und regionalpolitisch unangemessen.

In dem Brief heißt es weiter, der Integrationsausschuß sei bereit gewesen, eine durch wirtschaftliche Gesamtzusammenhänge mitbedingte Stagnation seiner eigentlichen Ziel- und Aufgabenstellung vorübergehend in Kauf zu nehmen, könne sich aber keineswegs damit einverstanden erklären, "wenn aufgrund ministerieller Erlasse längst sicher geglaubte Positionen wieder zurückgenommen werden."

Der Ausschuß müsse sich deshalb die Frage stellen, ob er etwa in eine Alibifunktion für eine faktisch längst aufgegebenen Integrationsabsicht eintreten solle. Diese Beantwortung sei unabhängig, wenn die Planung weiterer Möglichkeiten und Modelle zur Kooperation

und Integration zwischen Universität- und Fachhochschule sinnvoll erscheinen soll, denn: "Die nun vorliegende vorläufige Diplomprüfungsordnung... zeigt ein weiteres Mal das völlig zuwiderlaufen zwischen ursprünglich erklärter Integrationsabsicht und ministeriell geschaffener Realität." gh

Tutorenausschuß

In einer Stellungnahme begrüßt die Tutoreninteressenvertretung die Stellen-erhöhung für Wissenschaftliche Hilfskräfte und Tutoren (siehe uni-info 2/76) weist aber darauf hin, daß hier nur eine Notlösung geschaffen wurde.

Da der Bedarf für das Sommersemester '76 laut Bedarfsanmeldungen der Fachbereiche insgesamt 240 Stellen betrage, ergebe sich ein Fehlbetrag von 80 Stellen, so daß es in Zukunft für die Tutoreninteressenvertretung darauf ankommen werde eine Ansetzung der Haushaltsmittel in Bedarfshöhe zu erreichen. jk

Ossietzky-Schule

Die SPD-Fraktion der Charlottenburger Bezirksverordnetenversammlung in Berlin hat vorgeschlagen, die 1. Oberschule "Carl-von-Ossietzky-Schule" zu benennen.

Demonstration

Wie auch in den anderen Städten Niedersachsens sind am vergangenen Mittwoch etwa 800 Eltern in Oldenburg für die Verbesserung der Unterrichtssituation in den Schulen und die Einstellung aller Lehrer auf die Straße gegangen.

Listen eingereicht

Für die Wahl der studentischen Vertreter in den Kollegialorganen vom 3.-5. Februar sind beim Wahlausschuß ausschließlich Listenvorschläge eingereicht worden und nicht, wie im vergangenen Jahr, auch Personenvorschläge. Um die 24 studentischen Mandate im Konzil bewerben sich der SHB mit 24 Kandidaten, der LHV (13), die UHG (17) und der MSB Spartakus (17). Im Fachbereich I bewerben sich der SHB, die UHG und der MSB Spartakus um ein Mandat im Fachbereichsrat. Im Fachbereich II kandidieren nur der SHB und der MSB Spartakus, während sich im Fachbereich III neben den beiden Gruppen der LHV zur Wahl stellt. Die UHG und die "Gewerkschaftlich orientierte Liste", eine Listenverbindung von unorganisierten Studenten und Mitgliedern des MSB Spartakus, kandidieren im Fachbereich IV.

Kein Kandidat

Was eigentlich niemanden überrascht, ist auch eingetreten. Obwohl die Ausschreibungsfrist des auf der letzten Konzilsitzung gebildeten Rektorwahlausschusses abgelaufen ist, steht kein Kandidat für die Nachfolge des im Dezember zurückgetretenen Stellvertretenden Rektors, Professor Dr. Wolfgang Promies, zur Verfügung.

Wie bereits berichtet, herrscht auch in den einzelnen Fraktionen wenig Neigung, einen Kandidaten aufzustellen, da allgemein ein solcher Schritt als Weichenstellung für die im Juni

oder Juli stattfindende Neuwahl des Rektorats angesehen würde. Eine solche frühzeitige Festlegung wünscht aber zur Zeit keine Gruppe. So wird sich auch voraussichtlich bei einem neu gesetzten Termin des Wahlausschusses kein Kandidat finden, der dann ohnehin erst Anfang nächsten Semesters gewählt werden könnte. Überprüft wird zur Zeit vom Wahlausschuß noch die Möglichkeit, ob auf der nächsten Konzilsitzung am 11. Februar direkt, ohne vorherige Ankündigung ein Stellvertreter bestimmt werden kann. gh

StuPa-Wahlen

SHB und MSB wieder mit absoluter Mehrheit

Als Bestätigung seiner Politik der gewerkschaftlichen Orientierung und seiner im vergangenen Jahr geleisteten Arbeit hat der ASTA in einer kurzen Stellungnahme das Ergebnis der Wahlen zum Studentenparlament bezeichnet.

Es sei Ausdruck dafür, daß die überwiegende Mehrheit der Studentenschaft der Meinung sei, daß ein ASTA, vom Sozialistischen Hochschulbund (SHB) und Marxistischen Studentenbund Spartakus getragen, am wirkungsvollsten ihre Interessen vertrete. Die beiden Gruppen, die seit fünf Jahren den ASTA bilden, konnten sich bei den StuPa-Wahlen wiederum behaupten und ihre Stellung sogar noch um einen Sitz ausbauen.

Bei einer Wahlbeteiligung von 42,9 Prozent entfielen auf den SHB, der

stärksten Fraktion, 37,7 Prozent der Stimmen, auf den MSB Spartakus 18,4 Prozent. Zusammen verfügen die beiden Fraktionen nun über 29 der insgesamt 50 Sitze im Parlament, das den ASTA bestimmt. Im vergangenen Jahr entsendeten MSB und SHB 28 Vertreter.

Den größten Sprung nach vorn machte allerdings der Liberale Hochschulverband (LHV), der seinen Stimmanteil innerhalb eines Jahres von 13,4 auf 18,2 Prozent erhöhen konnte. Sein Anstieg ging offensichtlich zu Lasten der unter Studenten als rechts geltenden Unabhängigen Hochschulgruppe (UHG) die mehr als sieben Prozent einbüßte und mit einem Stimmenanteil von 12,6 Prozent noch hinter der von der Kommunistischen Hochschulgruppe (KHG) unterstützten Demokratischen Liste rangiert, die 13 Prozent der Stimmen für sich verbuchen konnte. gh

Ergebnisse der StuPa-Wahl

| Listen | 1976 | | 1975 | |
|---|---------|-------|---------|-------|
| | Prozent | Sitze | Prozent | Sitze |
| SHB | 37,7 | 20 | 35,9 | 19 |
| MSB Spartakus | 18,3 | 9 | 18,5 | 9 |
| LHV | 18,2 | 9 | 13,4 | 7 |
| Demokratische Liste/ | | | | |
| 1975 KHG | 13,0 | 6 | 10,5 | 5 |
| UHG | 12,6 | 6 | 19,9 | 10 |
| Wahlbeteiligung: 42,9 % | | | | |
| Abgegebene Stimmen: 1435 Davon ungültig: 40 | | | | |

Englisch-Kurs im SS 76

Im Sommersemester 1976 wird die Fachschaft Anglistik einen Englisch-Kurs veranstalten, an dem alle interessierten Studenten und Hochschulangehörigen teilnehmen können. Insbesondere soll dieser Kurs Anfängern, Immaturenprüflingen und Fachwechslern eine Möglichkeit des Einstiegs in die englische Sprache dienen.

Der Kurs, der am 21. April beginnt, wird Mittwochs in der Zeit von 18.00-20.00 Uhr im VG 406 stattfinden. Interessenten werden gebeten, auf einem Zettel Angaben über Namen und Adresse, eventuelle Vorkenntnisse, sowie Angaben über spezielle Bedürfnisse zu machen und diese in einen am Eingang der Mensa bereitstehenden Karton oder in den Karton am großen Brett beim Druckzentrum, gegenüber dem Kammermusiksaal zu werfen.

Weitere Informationen sind zu erhalten bei: John Junge, Quellenweg 55 A, Tel.: 51585. jk

ELAB-Quotierung

Bereits ab Sommersemester werden Bewerber um einen Studienplatz im Rahmen der einphasigen Lehrerausbildung an den Universitäten Oldenburg und Osnabrück schon vor Beginn ihres Studiums entscheiden müssen, in welcher Stufe sie als Lehrer unterrichten wollen, d.h. die Ausschreibung der Studienplätze erfolgt nicht über die ZVS nur nach Fächern, sondern auch nach Stufenschwerpunkten. Das gab Wissenschaftsminister Dr. Joist Grolle auf der Plenumsitzung der Kontaktlehrer am vergangenen Freitag bekannt (siehe auch Bericht auf Seite 1). Das Ministerium, so Grolle, werde dabei voraussichtlich jeweils 25 Prozent der Studienplätze eines jeden Faches für den Primärbereich, 45 Prozent für die Sekundarstufe I und 30 Prozent für die Sekundarstufe II reservieren.

Als außerordentlich problematisch hat der Leiter des ZpB, Detlev Spindler, den Alleingang des Ministeriums bezeichnet. Durch die kaum mehr aufhebende Entscheidung bleibe den Studenten endgültig die Möglichkeit versperrt, sich erst nach praktischen Erfahrungen für einen Studienschwerpunkt zu entscheiden, was von der Universität angestrebt worden sei und zur Zeit auch praktiziert werde. Zudem könne man heute keinem Abiturienten ernsthaft zumuten, einen Schwerpunkt zu wählen, da die jetzt vorliegenden Prognosen überhaupt keinen Aufschluß über den künftigen Bedarf der verschiedenen Stufenlehrer gäben. gh

ZpB: Mangel an Projekten

Für das Sommersemester 1976 ist ein ausreichendes Angebot an Projekten für Erst- und Viertelsemester im Rahmen der Einphasigen Lehrerausbildung noch nicht gesichert. Dies geht aus einem Brief des Zentrums für pädagogische Berufspraxis (ZpB) und der gemeinsamen Kommission für Lehrerausbildung (GKL) an die Fachbereichsräte I - IV hervor.

Entsprechend den Zulassungszahlen für das kommende Semester besteht für Erstsemester ein Bedarf an Erziehungs- und gesellschaftswissenschaftlichen Projekten mit Erkundungen für 280 Studenten. Dem steht gegenwärtig ein Angebot von zwei Projekten im Fachbereich I gegenüber bzw. zwei Projekten im Fachbereich III, bei denen jedoch unklar ist, wieviel Erstsemester hier aufgenommen werden können. Bei Zugrundelegen eines Betreuungsverhältnisses von 1:20 ergibt sich also ein Defizit von mindestens einem Großprojekt mit neun Lehrenden. Besonders betroffen von diesem Problem sind die Studenten im naturwissenschaftlichen Bereich, da der Fachbereich IV traditionell Probleme mit einem Angebot von Projekten mit erziehungs- und gesellschaftswissenschaftlichen Inhalten hat.

Für Studenten im vierten Semester ergibt sich ein ähnliches Bild. Hier müssen Fachprojekte mit Unterrichtsvor-

haben für 340 Studenten angeboten werden. Bisher sind allerdings erst fünf neue Projekte angekündigt, die bei dem genannten Betreuungsverhältnis allenfalls 100 Studenten aufnehmen könnten.

Ausgehend von dieser Situation weist das ZpB und die GKL Unterkommission auf die nach der Grundordnung bestehende Verpflichtung hin, ein ausreichendes Lehrangebot für die ELAB-Studenten sicherzustellen. Lehrende können, so das ZpB, von den Fachbereichsräten zu Projektveranstaltungen herangezogen werden.

Wie das ZpB und die GKL Unterkommission vorschlagen, sollen die Fachbereichsräte nach vorheriger Koordination unter den Fachbereichsräten auf ihren Sitzungen am 11. Februar Maßnahmen zur Sicherung des fehlenden Projektangebots beschließen. Hierzu sollen die für den EG-Bereich zuständigen Studienkommissionen den Fachbereichsräten zum 4. Februar Vorschläge unterbreiten. jk

Bald stille Berufsverbote?

Nur der schnellen Reaktion der Betroffenen und dem Einsatz der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ist es zu verdanken, daß es vorerst keine "stillen Berufsverbote" geben wird. Nach Mitteilung des Oldenburger Rechtsanwal-

tes Klaus Seemann werden für erfolgreiche Lehramtsbewerber, deren Einsatz nur noch von der politischen Überprüfung abhängt, die Stelle solange offengehalten, bis die Überprüfung abgeschlossen ist. Eine entsprechende Zusage habe wenigstens Kultusminister Mahrenholz gemacht.

Anlaß zu dieser Erklärung gab ein Brief der Oldenburger Regierung an Lehramtsbewerber, in dem mitgeteilt worden war, ihre bereits zugesagte Stelle würde anderweitig vergeben, wenn nicht bis

zum 15. Februar das Ergebnis ihrer politischen Überprüfung aus Hannover vorläge. Eine solche Maßnahme hätte bedeutet, daß die Einstellung von Lehramtsbewerbern von der Arbeitsgeschwindigkeit der Überprüfer im Innenministerium abhängig gewesen und weiterer Manipulation Tür und Tor geöffnet wäre. Tatsächlich steht der Brief des Oldenburger Verwaltungspräsidenten auch im krassen Gegensatz zu einem Erlaß des Kultusministers vom 30. Mai 1975, in dem unter anderem festgelegt wird, daß "Bewerber die... zu überprüfen waren und die Einstellungs Voraussetzungen erfüllen," nach Abschluß des Verfahrens einzustellen sind. Rechtsanwalt Seemann will jetzt erreichen, daß der Verwaltungspräsident seine Ankündigung schriftlich rückgängig macht. gh

Neue Struktur für ZETWA

Die Zentrale Einrichtung für Technische wissenschaftliche Anlagen (ZETWA) wird eine neue Struktur erhalten. In wesentlichen Teilen hat der Senat einer Vorlage des ZETWA-Vorstandes bereits zugestimmt, die auf der nächsten Sitzung endgültig verabschiedet werden soll. Die vorläufige Struktur sieht vor, daß die ZETWA kollegial geleitet und die Mitarbeiterversammlung institutionalisiert wird. Der Vorstand wird sich künftig aus drei Mitarbeitern und

drei Benutzern zusammensetzen. Die Geschäftsführer haben in diesem Gremium nur beratende Stimme.

Die Mitarbeiterversammlung, die nach Bedarf tagt, kann alle die ZETWA betreffenden Fragen und darüberhinaus alle Angelegenheiten behandeln, "die die Universität und ihre Mitarbeiter betreffen". Zudem nimmt sie in regelmäßigen Abständen Arbeitsberichte des Vorstandes entgegen, dem sie auch Anregungen unterbreiten kann.

Neuer GEW-Vorstand

Bei den Wahlen zum Vorstand der GEW-Hochschulgruppe sind die beiden Hochschullehrer Hans Kaiser und Eberhard Schmidt Anfang Januar wiedergewählt worden. Für den nicht mehr kandidierenden Wissenschaftlichen Assistenten Friedrich Wißmann bestimmte die Mitgliederversammlung den wissenschaftlichen Mitarbeiter Lothar Sielaff.

Die Vorstandmitglieder haben sich auf eine Geschäftsverteilung geeinigt, die bestimmte Arbeitsschwerpunkte vorsieht. Hans Kaiser wird sich danach vornehmlich um die Lehrerarbeitslosigkeit, Vertretung im Kreisverband und in der Fachgruppe auf Landesebene und um Kontakte zum Aktionskomitee gegen die Berufsverbote, Eberhard Schmidt um die Zusammenarbeit mit der ÖTV-Betriebsgruppe, den Kooperationsausschuß, Kontakten zu anderen Gewerkschaften und um die Öffentlichkeitsarbeit, Hans Sielaff um die Hochschulpolitik, die Hochschulgesetzgebung und um das Kontaktlehrerproblem kümmern. Schwerpunkte der GEW-Hochschulgruppe werden in der nächsten Zeit die Lehrerarbeitslosigkeit, die Hochschulgesetzgebung, die Novellierung des Personalvertretungsgesetzes und die ELAB sein. Entsprechend wurden vier Arbeitsgruppen gebildet.

HIFO

Veranstalter, die in der Orientierungswoche eine mediale Unterstützung durch das Hochschulinterne Fernsehen (HIFO) werden gebeten, sich rechtzeitig bis zum 1. April an die Geschäftsstelle des HIFO, VG 508 zu wenden.

Veranstaltungs- und Terminkalender

Freitag, 30.1.76, 15.00-18.00 Uhr, Öffentliche Diskussion der Studienordnungsentwürfe zu den Erziehungswissenschaftlichen Anteilen bei Lehramtsprüfungen. Sitzungsort: Bitte Anschläge beachten. Veranstalter: Zentrale Studienkommission.

*

Montag, 1.2.76, 19.00, Sitzung des Fachbereichsrates I. Die Sitzung war zunächst für 15.00 angekündigt. Raum: D 103.

*

Dienstag, 3.2.76, 13.15 Uhr, VG 201 Allgemeine Prüfungsvorbesprechung für alle Prüfungskandidaten, die im Frühjahr und Herbst 76 ihre Prüfung im C-Fach Soziologie bei Prof. Dr. Schulenberg ablegen wollen.